

Auswahl konkreter europapolitischer Forderungen des Deutschen Städtetages:

Themenfeld Demokratie, Föderalismus und internationales Engagement:

- Jedes Gesetzgebungsvorhaben muss auf Subsidiarität und die Achtung der kommunalen Selbstverwaltung überprüft werden. Zudem müssen Gesetzesvorlagen der EU-Kommission systematisch auf ihre Auswirkungen auf die kommunale Ebene mittels einer Folgenabschätzung analysiert werden.
- Kommunen sind wesentliche Akteure und treibende Kraft, um die Agenda 2030 zu erreichen. Deswegen müssen sie bei der Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDG) in Europa systematisch eingebunden werden. Insbesondere Anwenderkommunen des SDG-Portals www.sdg-portal.de erwarten Zugänge zu EU-Fördermöglichkeiten, um Nachhaltigkeitsstrategien weiterzuentwickeln.

Themenfeld Sozialer Zusammenhalt:

- Die Überarbeitung von Regeln zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit wird begrüßt. Die Schritte für mehr Rechtsklarheit und Verwaltungserleichterungen werden unterstützt.
- Die einzelnen Mitgliedstaaten müssen endlich über die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) übereinkommen. Dabei muss eine solidarische Verantwortungsverteilung bei der Aufnahme von Schutzbedürftigen mittels eines fairen und solidarischen Verteilungsmechanismus das oberste Ziel sein.

Themenfeld Klimaschutz und Daseinsvorsorge:

- Die Entscheidung über die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse muss weiterhin den Kommunen überlassen bleiben. Dieses ist auch bei den geplanten Überarbeitungen und Ergänzungen des Beihilfe- und Wettbewerbsrechts zu beachten. Insbesondere darf es keine Veränderungen bei den Regelungen zu Konzessionsvergaben geben, um kommunale Dienstleistungen zu privatisieren.
- Der Green Deal der EU-Kommission muss Nachhaltigkeit und Klimaschutz umfassend betrachten. Um die Klimaziele auf kommunaler Ebene zu unterstützen, müssen europäische Förderprogramme verstetigt und vereinfacht werden. Maßnahmen, die sich im Green Deal begründen, bedürfen neuer Finanzinstrumente und können nicht allein durch Strukturmittel umgesetzt werden.

Themenfeld Lebenswerte Städte

- Wir appellieren an das Europäische Parlament, die Aktivitäten der Mitgliedsländer und der EU-Kommission zur Fortschreibung der Leipzig Charta 2.0 nach Kräften zu unterstützen und ihr in ihren regional- und kommunalpolitisch relevanten Beschlüssen entsprechende Bedeutung beizumessen.
- Beihilfe für den sozialen Wohnungsbau muss von der Notifizierungspflicht ausgenommen werden. Zudem sollte die EU bei der Gestaltung von Rahmenbedingungen, Mindeststandards und Vorgaben das Prinzip der Wirtschaftlichkeit für den Wohnungsbau im Auge behalten.

Themenfeld Digitales:

- Die eCommerce-Richtlinie von 2000 muss dringend novelliert werden. In dem dafür anvisierten Digital Services Act müssen Regelungen geschaffen werden, die Online-Plattformen zur Kooperation mit öffentlichen Behörden verpflichten und Registrierungssysteme in den Mitgliedstaaten ermöglichen.

Diese und weitere Forderungen finden Sie in den europapolitischen Forderungen des Deutschen Städtetages unter <http://www.staedtetag.de/publikationen/beitraege/090666/index.html>.